

„Mein Wunsch: Stärker den jüdischen Alltag abbilden.“

Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland, über Hass, Jahrestage und Kommunikationsstrategien im digitalen Zeitalter. *Von Jonas Schützeneder*

Als vor 70 Jahren im Juli 1950 in Frankfurt der Zentralrat der Juden gegründet wurde, war die zentrale Aufgabe sehr klar: Überlebende der Glaubensgemeinschaft sollten so gut wie möglich bei der Ausreise unterstützt werden. Nach Jahren des schlimmsten Grauens im Nationalsozialismus war die Sehnsucht nach Frieden und Sicherheit omnipräsent. Gut 70 Jahre später sind diese Sehnsüchte nach wie vor zentrale Bestandteile. Rassismus und Antisemitismus seien nie verschwunden, „seit geraumer Zeit treten sie sichtbarer und enthemmter auf“, warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des 70-jährigen Jubiläums. Wie geht man damit um? Welche politischen und kommunikativen Herausforderungen bestehen für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland? Zu diesen Fragen nimmt Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland, im Interview Stellung.

Herr Botmann, kürzlich feierte der Zentralrat der Juden in Deutschland das 70-jährige Bestehen. Wie haben Sie das Jubiläum und die hochrangig besetzte Feier mit vielen mahnenden Worten erlebt?
 BOTMANN: Unser Festakt in der einmaligen Kulisse der Überreste der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin war eine sehr würdige Veranstaltung, an der zahlreiche hochrangige Politiker sowie Prominenz aus den Kirchen und der Gesellschaft teilgenommen haben. Einerseits haben wir sichtbar gemacht, wieviel der Zentralrat der Juden in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland erreicht und aufgebaut hat, andererseits haben wir auch die aktuellen Herausforderungen angesprochen, wozu der wachsende Antisemitismus, derzeit auch in Bezug auf die Corona-Pandemie, als auch die Verteidigung der Religionsfreiheit gehören. Dass es nicht nur Grund zum Jubeln gibt, hat sich auch in der Rede der Bundeskanzlerin widerspiegelt.

Daniel Botmann ist Rechtsanwalt und seit 2014 Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Dr. Jonas Schützeneder ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Journalistik I der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Redakteur von Communicatio Socialis.

Gedenken und Erinnern sind zentrale Bestandteile menschlicher Biografie. Welche Rolle spielt Gedenken und Erinnerung ganz speziell für Sie als Privatperson, aber eben auch in Ihrer Rolle als Geschäftsführer?

Da muss ich gar nicht zwischen privat und beruflich trennen. Im Judentum ist das Gebot „Sachor“ – Erinnere dich – fester Bestandteil. Damit bin ich aufgewachsen. Das bedeutet zum einen, die jüdischen Traditionen zu pflegen, zum anderen selbstverständlich die Erinnerung an die Schoa, die quasi in jeder jüdischen Familie präsent ist. Wir, die nachfolgenden Generationen, haben die Verpflichtung, die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten. Diese Verpflichtung nehmen wir an und setzen sie um.



Daniel Botmann

Nicht nur die Reden anlässlich des Jubiläums machten deutlich, dass Antisemitismus ein zentrales Problem der Gegenwart darstellt. Wie sehen Sie Stand und Perspektiven, welche Forderungen richten Sie konkret an Politik, Justiz und Gesellschaft?

Nicht erst seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle, bei dem zwei Menschen zu Tode gekommen sind, warnen wir vor wachsendem Antisemitismus. Antisemitismus tritt heute in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf. Mal wird Israel gesagt, aber Juden sind gemeint. Mal finden sich uralte jüdenfeindliche Stereotype in Verschwörungsmysmen wieder, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie im Netz kursieren. Von zentraler Bedeutung sind daher Bildung und Aufklärung. Wir arbeiten seit mehreren Jahren erfolgreich mit der Kultusministerkonferenz zusammen, um die Bekämpfung des Antisemitismus sowohl in den Lehrplänen als auch in der Lehrerbildung zu stärken. Daneben bieten wir Fortbildungen für Schulbuchredakteure an, um die vorbehalt- und vorurteilsbelastete Darstellung des Judentums in Schulbüchern zu verbessern, die momentan häufig fehlerhaft oder tendenziös ist. Zudem organisieren wir Begegnungen zwischen Juden und Nicht-Juden in unserem Projekt „Meet a Jew“. Denn im direkten Kontakt fallen Vorurteile häufig am schnellsten in sich zusammen. Bei dem Projekt haben wir nicht nur, aber vorrangig die Schulen im Blick. Insgesamt muss sowohl in der Justiz und den Strafverfolgungsbehörden als auch in den Schulen die Sensibilität für das Thema noch wachsen. Es war daher aus unserer Sicht auch ein wichtiger Schritt, dass die

Bundesregierung die sogenannte Antisemitismus-Definition der Internationalen Holocaust-Remembrance Allianz (IHRA) angenommen hat. Das bedeutet, dass gegen Juden gerichtete Taten und Taten, die sich gegen Israel richten, das als jüdisches Kollektiv verstanden wird, als antisemitisch eingestuft werden. Das klingt sehr selbstverständlich, an vielen Stellen fehlte jedoch zuvor diese Klarstellung. Nun muss diese Definition auch zunehmend sowohl in Behörden als auch in der Justiz angewendet und umgesetzt werden.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland wird als zentrales Organ der Glaubensgemeinschaft häufig in der medialen Berichterstattung aufgegriffen. Wie sehen Sie die Medien in diesem Zusammenspiel, was würden Sie sich mit Blick auf die Berichterstattung wünschen?

Ein alter Merksatz lautet: Only bad news are good news. Dennoch wäre ich froh, wenn Medien etwas weniger über negative Ereignisse berichten, sondern stärker das jüdische Alltagsleben und Juden als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft abbilden würden. Inzwischen greifen Medien häufiger als früher jüdische Feiertage als Thema auf. Das ist eine Tendenz, die ich nur begrüßen kann. Große Aufmerksamkeit in den Medien findet auch die jährliche Jewrovision, die der Zentralrat der Juden veranstaltet. Das ist der größte Tanz- und Gesangswettbewerb für jüdische Jugendliche in Europa. Diese fröhliche und bunte Veranstaltung ruft manchmal bei Journalisten Erstaunen hervor, weil sie mit Klischeevorstellungen über Juden bricht. Ich halte es für ganz wichtig, dass auch die Medienberichterstattung dazu beiträgt, Ressentiments zu beseitigen.

Den Hass, der sich über die Sozialen Medien ausbreitet, betrachten wir mit großer Sorge. Denn auf Worte folgen mitunter auch Taten.

In Sozialen Netzwerken haben längst andere Akteure kommunikative Deutungsmacht übernommen. Hass und Hetze sind omnipräsent, von Administratoren oft nur halbherzig angegangen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen und welche Lösungsansätze haben Sie?

Den Hass, der sich über die Sozialen Medien ausbreitet, betrachten wir mit großer Sorge. Denn auf Worte folgen mitunter auch Taten, wie man an den Attentätern von Halle und Hanau sehen kann. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz war daher ein wichtiger Schritt. Es kommt jetzt darauf an, dieses Gesetz verfassungskonform weiterzuentwickeln, um eine noch effizientere Strafverfolgung möglich zu machen. Vor allem aber müssen die User sensibilisiert werden, um Hate Speech zu melden, und

die Strafverfolgungsbehörden müssen personell besser ausgestattet werden, um strafrechtlich relevante Inhalte umfassender ahnden zu können.

Zentralrats-Präsident Josef Schuster erhält und erhielt regelmäßig Drohmails. Haben Sie ähnliche Erfahrungen gemacht und wie reagieren Sie, gerade auch als Familienvater, auf solche Ereignisse?

Als Zentralrat erhalten wir leider auch regelmäßig Drohmails. Wir arbeiten eng mit den Sicherheitsbehörden zusammen, um reelle Bedrohungen möglichst frühzeitig zu erkennen. Volksverhetzende Zuschriften bringen wir konsequent zur Anzeige.

Als Geschäftsführer des Zentralrats haben Sie neben dem Kontakt zur Presse auch eigene Kanäle zur Verbreitung von Informationen, Hintergründen und Themen zur Verfügung. Können Sie kurz die Grundzüge und wichtigsten Kanäle für die Kommunikationsstrategie des Zentralrats schildern?

Unsere Kommunikation ist breit gefächert, um die unterschiedlichen, für uns relevanten Zielgruppen zu erreichen. Neben der klassischen Pressearbeit nutzen wir Facebook, Twitter und Instagram und sind dort regelmäßig präsent. Anlässlich des Zentralrats-Jubiläums haben wir erstmals Podcasts mit dem Titel „Schon immer Tachles“ produziert, die auf allen typischen Plattformen zu hören sind. Daneben hat der Zentralrat auch zwei eigene

Der jüdisch-christliche Dialog steht auf einem sehr soliden und bewährten Fundament. Wir sind auch im Austausch mit der muslimischen Gemeinschaft.

Zeitungen: Die „Zukunft“ erreicht als deutsch-russische Monatszeitung vor allem die ältere Generation in unseren Gemeinden. Die „Jüdische Allgemeine“ findet als Wochenzeitung weit über unsere Community hinaus Verbreitung und ist ein wichtiger Multiplikator für uns.

Zuletzt hat der DBK-Vorsitzende Georg Bätzing mehrfach den direkten Kontakt zur jüdischen Gemeinschaft gesucht und betont. Wie sehen Sie das Mit- und Nebeneinander der Glaubensgemeinschaften in Deutschland? Wo gibt es Verbesserungsoptionen?

Der jüdisch-christliche Dialog steht auf einem sehr soliden und bewährten Fundament. Ich bin seit vielen Jahren in diesem Dialog engagiert und habe ihn immer als bereichernd für beide Seiten empfunden. Als Geschäftsführer des Zentralrats der Juden pflege ich enge Kontakte zu verschiedenen Repräsentanten der Kirchen. Darüber hinaus sind wir auch im Austausch mit der

muslimischen Gemeinschaft. Wir haben 2019 mit Unterstützung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung das Projekt „Schalom Aleikum“ gestartet – ein Dialog von Akteuren der muslimischen und jüdischen Zivilgesellschaft. Hier handelt es sich allerdings nicht um einen Dialog auf Verbandsebene. Bewusst geht es um Begegnungen von Juden und Muslimen jenseits der Funktionärschicht.

Zum Abschluss der Blick nach vorne: Wenn 2025 das 75-jährige Jubiläum gefeiert wird, welche Fortschritte würden Sie bis dahin besonders gerne erleben und betonen?

Ich bin Realist, daher werde ich nicht sagen, dass Synagogen in fünf Jahren nicht mehr geschützt werden müssen. Aber da ich auch Optimist bin, würde ich gerne erleben, dass die Mitgliederzahlen unserer Gemeinden wachsen und viele junge Leute sich aktiv am Gemeindeleben beteiligen. Außerdem wünsche ich mir, dass rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien in unseren Parlamenten keine Rolle mehr spielen und in der jährlichen Statistik die Zahl der antisemitischen Straftaten kontinuierlich nach unten geht.